

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Brünings Drohung

Koalition mit Hitler als Haupttrumpf in Lausanne

Der Kurs des Reichskabinetts

Berlin, 9. Mai 1932.

Herr Brüning hat die neueste Reichstagskomödie zielbewußt mit der vorherigen Verhängung zweier neuer arbeiterfeindlicher Notverordnungen und einer politischen Sonntagrede eingeleitet, in der die Linie der von seiner Diktaturregierung weiter beabsichtigten Politik klar zum Ausdruck kommt: Beständiges Schweigen über alle vor den Wahlen gegebenen Regierungsversprechungen zur Arbeitsbeschaffung, umso entschiedener imperialistische Töne, um die der Oberhof den allerchristlichsten Herrn Brüning beneiden wird. Seiner langen Schnörkelrede voller schleimiger Ergebnisse in die „Person des Reichspräsidenten, den uns eine gütliche Vorsehung beschert hat“, kurzer Sinn: gestützt auf den Hindenburg-Wahlsieg, Fortführung der Notverordnungs- und Diktaturpolitik bis zur Lausanner Konferenz. Zur Lausanner Konferenz wird die Forderung des deutschen Imperialismus nach seiner Aufrüstung unter der heuchlerischen Formel: Abrüstung der anderen — nachdrücklich erhoben. (Als neuester Vorwand werden dazu die Danziger Putschgerüchte ausgeschlachtet.) Und zugleich wird nachdrücklicher und entschiedener als je die Kündigung der Reparationsverträge ausgesprochen: „Einmal muß der Schlußstrich gezogen werden!“

Herr Brüning macht die Tribute, deren Zahlung auch die Arbeiterklasse ablehnt, weil ihr die Kosten allein aufgebürdet werden, allein für die Krise des Kapitalismus verantwortlich und droht, wenn Lausanne nicht „beschleunigte und ganze Tat bringe“, werde es zum „Wegweiser des Zusammenbruchs werden!“

Die „beschämende Ergebnisarmut der bisherigen internationalen Beratungen sei der wirksamste Zutreiber der extremen, ja revolutionären Fronten“.

Mit einem Wort: Erfüllt Lausanne die Forderungen nicht, dann marschiere ich mit Hitler!

Klarer als in der Kanzlerrede wird das im Kommentar der „Frankfurter Zeitung“ ausgesprochen.

Das ehemals demokratische Blatt schreibt: Die Tendenz müsse dahin gehen, Zeit zu gewinnen und die Entscheidung möglichst bis nach der Lausanner Konferenz hinauszuschieben. „Die Pyramide der Macht, die im Reichspräsidenten gipfelt,“ habe genug an Staatsautorität zusammengepackt. Herr Hitler müsse im eigenem Interesse mit dieser autoritären Pyramide seinen Frieden machen.

Also:

Mit der Perspektive der Heranziehung Hitlers zur Mitregierung wird der Hitlertrumpf zur Lausanner Konferenz ausgespielt.

Die Nationalsozialisten treten dementsprechend auf. Es hat lange genug gedauert, bis sie sich überhaupt zu einem formellen Mißtrauensantrag gegen Brüning entschlossen.

In den Reichstagsverhandlungen wahren sie bereits Würde, bestrebt, ihre Koalitionsfähigkeit zu zeigen.

Mittlerweile richtet sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz alledem weiter zur Tolerierung ein!

Mittlerweile verschwenden die kommunistischen Parlamentarier ihre schmale Intelligenz zur Vorbereitung geharnischter Reichstagsreden und auf — „Entlarvungs“anträge.

Mittlerweile geht die letzte kostbare Zeit verloren, die zur Bildung der außerparlamentarischen proletarischen Einheitsfront, die den unvermeidlichen Hitlerkrieg noch abwenden könnte, noch verfügbar ist!

Um so leidenschaftlicher: Fort mit Brüning, fort mit der Tolerierung!

Fort mit der ultralinken Sektiererpolitik, her mit dem antifaschistischen Block der Arbeiterparteien!

Tardieu tritt zurück

Erfolg der bürgerlichen Linken in Frankreich Herriot voraussichtlicher Ministerpräsident

Paris, 9. Mai 1932.

Der französische Kabinettsrat ist am heutigen Montag, um 10 Uhr vormittags, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Tardieu im Außenministerium zusammengetreten, um sich mit den Ergebnissen der Kammerwahlen und der bevorstehenden Wahl des Präsidenten der Republik zu befassen. Der Kabinettsrat hat einmütig beschlossen, der Ueberlieferung entsprechend dem neuen Präsidenten am Dienstagabend den Gesamtrücktritt zu unterbreiten.

Der Ministerpräsident wird den Staatspräsidenten bitten, von einer neuen Betrauung mit der Regierung abzusehen. Ergänzend erklärte Tardieu der Presse, daß das Kabinett bereit sei, die Geschäfte bis zum 1. Juni weiterzuführen.

Mit dem Rücktrittsbeschluß und dem Verzicht Tardieus auf eine neue Betrauung mit der Kabinettsbildung zieht dieser die Folgen aus dem Ergebnis der am Sonntag vorgenommenen Stichwahlen, die allen Parteien des Tardieu-Blocks empfindliche Verluste gebracht haben, wodurch die Machtverhältnisse im Parlament vollkommen verschoben worden sind. Demnach setzt sich das neue Parlament wie folgt zusammen:

Rechtbürgerliche Gruppen

Konservative	5 (Verlust 3)
Republikanisch-Demokratische Union (Marin-Gruppe)	76 (Verlust 14)
Unabhängige Republikaner	28 (Gewinn 2)
Volksdemokraten	16 (Verlust 3)
Linksrepublikaner (Tardieu-Gruppe)	72 (Verlust 29)
Radikale Linke (Germain-Martin)	62 (Verlust 28)

Linksbürgerliche und Sozialisten

Radikalsozialisten	157 (Gewinn 48)
Unabhängige Sozialisten und sozialistische Republikaner	37 (Gewinn 5)
Sozialisten (Leon Blum)	129 (Gewinn 17)
Unabhängige Kommunisten	11 (Gewinn 6)
Kommunisten	12 (Gewinn 2)

Das ist ein sehr eindeutiger Sieg der Linksparteien, wobei der Hauptgewinn auf die von dem Lyoner Bürgermeister geführte Partei der Radikalsozialisten entfällt, die etwa der — allerdings in entgegengesetzter Entwicklung begriffenen — „deutschen Staatspartei“ entspricht, sofern es überhaupt möglich ist, eine deutsche Partei zum Vergleich heranzuziehen. Herriot gilt denn auch bereits als der „kommende Mann“ und Nachfolger Tardieus, dessen Halsleiden, das er bekanntlich in Genf vorgeschützt hat, um sein plötzliches Fernbleiben zu begründen, damit wohl restlos aufgeklärt sein dürfte.

Nichts ist indessen damit auch darüber gesagt, wie Herriot sein Kabinett im Parlament zu verankern gedenkt. Hierzu gestattet der Wahlausfall die verschiedensten Kombinationen. Herriot kann regieren links und er kann regieren rechts und er kann sogar links und rechts regieren. Das letztere wird der Fall, wenn er seine Regierung als Minderheitskabinett etablierte und bald die Unterstützung der Rechten, bald die der Linken in Anspruch nehmen würde. Das wird wohl auch der Weg sein, den Herriot gehen dürfte, zumal die französischen Sozialisten nach den deutschen Erfahrungen wohl keine Lust verspüren, mit Herriot in einer Droschke zu sitzen, wozu ihnen der „Vorwärts“ beflissen rät.

Bemerkenswert ist die Niederlage der linientreuen Kommunisten, die weniger Mandate erringen konnten wie die nicht an Moskau gebundenen. Mit der Quantität hat auch die Qualität eingebüßt. Cachin, Marty und Duclos kehren nicht wieder in das Parlament. Wenn aber der „Vorwärts“ meint, daß die „unabhängigen Kommunisten“ demnächst ihren Anschluß an die Sozialistische Partei finden werden, so täuscht er sich wohl. Diese stehen der eigentlichen Kommunistischen Partei zwar fern, aber nicht minder der Sozialistischen, von der übrigens der Mülhauser Abgeordnete Grumbach, der chauvinistischste unter ihnen, ebenfalls auf der Strecke geblieben ist. Die deutsche Presse begrüßt den Sieg Herriots mit vielen Hoffnungen, denen keine Erfüllung winkt.



Sozialistische Arbeiterzeitung. Bezugspreis für einen Vierteljahr 2,50 RM. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zusätzlich RM. 1,30 Porto.

Painlevé kandidiert

TU. Paris, 9. Mai 1932

Der ehemalige Kriegsminister Painlevé hat am Montag dem Drängen seiner politischen Freunde nachgegeben und die Kandidatur für die Präsidentschaftswahl angenommen. Es werden sich also Painlevé und Lebrun gegenüberstehen.

Hessenwahlen ungültig?

TU. Darmstadt, 9. Mai 1932.

Bei den Landtagswahlen in Hessen am 15. November 1931 war der Wahlvorschlag der Wirtschaftspartei wegen mangelhafter Ausfertigung vom Landeswahlleiter nicht zugelassen worden. Hierauf hatte die Wirtschaftspartei Anfechtungsklage gegen die Gültigkeit der Landtagswahl erhoben, über die am Montag vor dem hessischen Staatsgerichtshof in Darmstadt verhandelt wurde. Nach eingehender Beweisaufnahme erklärte der Staatsgerichtshof die Landtagswahlen vom 15. November 1931 für ungültig.

Die Vomag in Konkurs

TU. Plauen, 9. Mai 1932

Wie die Verwaltung der Vogtländischen Maschinenfabrik A. G., vorm. I. C. und H. Dietrich in Plauen mitteilt, haben die Verhandlungen zwischen den Kölner Großaktionären und dem Bankenkonsortium zu keinem Ergebnis geführt, so daß die Verwaltung sich gezwungen sah, ihren Vergleichsvorschlag zurückzuziehen. Daraufhin hat das Gericht das Konkursverfahren eröffnet.

Schwere Straßenexplosion in England

London, 8. Mai 1932

Durch eine außergewöhnlich schwere Straßenexplosion ist in Bootle bei Liverpool ein Feuerwehrmann getötet worden; 13 Personen wurden verletzt. Als bei dem Versuch, eine schadhafte Stelle an einem unterirdischen Kabel festzustellen, Feuerwehrleute aus dem Bürgersteig einen großen Stein herausheben wollten, erfolgte eine heftige Detonation. Als sich der Rauch verzogen hatte, wälzten sich mehrere Verwundete auf der Straße. Ein Feuerwehrmann war 20 Meter weit fortgeschleudert und getötet worden.

Die Dividenden steigen!

Okkupation der Mandschurei

(Th.) Der Krieg im Fernen Osten ist in der ersten Phase, in der Okkupation der Mandschurei und der Gründung eines neuen Staates (Mandschukuo) unter japanischem „Schutz“, zum Abschluß gekommen. Nur die Völkerbundesdelegation untersucht noch immer die Lage und verlaubbart, offenbar um die weiteren militärischen Vorstöße der Japaner zu verschleiern, daß in der Mandschurei „Anarchie“ herrsche. Der Völkerbund, dieses „Friedensinstrument“ der imperialistischen Mächte, hat wieder einmal in seiner Praxis bewiesen, daß er ein brauchbares Kriegsinstrument der Beeinflussung der sogenannten öffentlichen Meinung ist.

Der chinesische General Ma, der während der japanischen Offensive zu den Japanern überlief, zum Kriegminister des neuen Staates ernannt wurde, später sich von den Japanern trennte und sich gegen sie wandte, denunziert in einem Telegramm an die chinesische Völkerbundesdelegation die Machinationen des japanischen Imperialismus in der Mandschurei. Die sogenannte Regierung Puji in Mandschukuo ist nach seiner Meinung eine Marionettenregierung, hinter der die Japaner stehen. Die Weisungen erhalte sie vom japanischen Generalstab, der seine Befehle nicht nur für die mandschurische Zentralregierung, sondern auch für die Provinzverwaltungen bestimme. Alle Mitglieder der mandschurischen Regierung ständen unter ständiger Bewachung des japanischen Militärs, das alle Zeitungen, Telegraphen- und Telefonbüros unter Kontrolle halte.

Diese Nachrichten beweisen, welche Aufgabe, militärisch genommen, sich der japanische Imperialismus in der Mandschurei stellt. Sie ist nur ein Glied in den Plänen der Japaner, die im Endziel gegen die Sowjetunion gerichtet sind. Die Okkupation der Mandschurei bedeutet die unmittelbare Kriegsgefahr für die Sowjetunion.

Die Konjunktur ist da!

Die militärische Seite des japanisch-chinesischen Krieges ist klar, seine Triebfedern werden durch die Wirtschaftsberichte aus Japan bloßgelegt. Der japanische Imperialismus, durch die Weltwirtschaftskrise erschüttert, versucht sich zu erholen. Die Wirtschaftsoffensive in der Mandschurei, der Materialbedarf für das Heer und die Flotte, haben den Haifischen des Kapitals bereits eine Konjunktur gebracht. Die großen Konzerne, die sehr eng mit der Regierung verbunden sind, treten mit neuen industriellen Plänen vor die Öffentlichkeit. Sie haben der mandschurischen Regierung eine Anleihe in Höhe von 20 Millionen Yen gegeben und ihre Wirtschaftsberater nach der Mandschurei geschickt. Die Okkupation der Mandschurei soll einen Ausgleich für den Ausfall des Absatzes in Mittel- und Südchina bringen, der infolge des chinesischen Boykotts japanischer Waren stark zurückgegangen ist. Die Ausfuhrzahlen nach der Mandschurei für das erste Vierteljahr 1932 sind, im Vergleich mit den Ausfuhrzahlen nach anderen chinesischen Provinzen, bedeutend in die Höhe gegangen. Eine Konjunktur weisen in Japan bereits die Eisen- und Walzwerke, die chemisch-technische Industrie, die Einfuhr von Baumwolle, Wolle, Rohseisen, Aluminium usw. auf.

Und die Kehrseite...

Der Krieg in der Mandschurei und um Schanghai hat jedoch bis jetzt (nach offiziellen Angaben) 100 Millionen Yen verschlungen, die Regierung kündigt eine neue Anleihe von 100 Millionen Yen an. Der Krieg wirkt sich also ungünstig auf die Finanzen aus, und das entwertete Geld (die Entwertung betrug im Januar 27 Prozent, im März 35 Prozent) ist die Kehrseite der sogenannten Konjunktur, deren Nutznießer das Monopolkapital und deren Leidtragenden die verelendeten Massen der japanischen Arbeiter und Bauern sind.

Paris, Warschau und Berlin im Geschäft

Der Krieg im Fernen Osten hat aber auch bereits die unmittelbare und mittelbare Kriegsindustrie in Europa und Amerika beeinflusst. Die Widersinnigkeit des kapitalistischen Systems, das durch die Weltwirtschaftskrise ad absurdum geführt ist, widerspiegelt sich am besten in der Tatsache, daß die veragsten chinesischen Dörfer, die verwüsteten Städte, die zusammengeschossenen chinesischen Bauern, die brennenden Läger, die gesprengten Brücken und Bahnen eine Scheinkonjunktur für das internationale Rüstungskapital bedeuten. Der Beginn der Kriegshandlungen in der Mandschurei rief eine Erhöhung der Rohstoffpreise auf der Pariser Börse hervor; eine der Zeitungen der französischen Metallindustrie erklärte offen, daß der Krieg infolge des beschleunigten Verbrauchs, in dem er sein würde, die Konjunktur zu heben. In Frankreich bauen die Automobilwerke Tanks für Japan, eine Bestellung auf Artillerie- und Handgranaten, auf Gas und Gasmasken ist dorthin vergeben

Wieder Reichstag

Die heutige Reichstagsitzung begann unter dem nun schon traditionell gewordenen Massenaufruf von Polizeibolshewen mit allen technischen Hilfsmitteln und einem Blasenpark von Lastkraftwagen vor allen Portalen des Hauses.

Präsident Löbe eröffnete bei gefülltem Hause um 9 Uhr die Sitzung.

Der Abg. Weis, der kürzlich in Köln von den Nationalsozialisten überfallen und schwer mißhandelt wurde, ist auf seinem Platze. Die Nationalsozialisten sind vollzählig im Hause anwesend, verhalten sich aber mit bemerkenswerter Ruhe und Zurückhaltung, was wohl auf eine Weisung ihrer Führung geschlossen werden muß, die die braune Hunderschaft dem Zentrum als regierungsfähig propagieren will. Löbe gibt weiter Kenntnis von den inzwischen eingelaufenen Anträgen, von denen einer die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Zusammenhänge mit der Anleihe des Kreugerkonzerns befindlichen Unregelmäßigkeiten verlangt, ferner der Anträge von Frick und Genossen, die erstens die Aufhebung des Verbots der durch Notverordnung des Reichspräsidenten gegen SA und SS verhängt worden ist, fordern, dann die Auflösung des Reichstags verlangen und schließlich die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Frage fordern, ob die Propaganda für die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg etwa aus Reichsgeldern finanziert worden sei.

Unter kommunistischen Surufen:

„Der Konkursverwalter hat das Wort“ bestieg der Reichsfinanzminister Dietrich die Tribüne. Seine langatmigen und langweiligen Ausführungen, mit denen er über den vollkommenen Finanzbankrott plätschert, und einen Gesetzentwurf über Schuldentilgung begründet und die Prämienanleihe empfiehlt, mit deren Hilfe das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung durchgeführt werden soll, werden von allen Parteien des Hauses in vollkommener Ruhe angehört. Von den Bänken der Nationalsozialisten kommt nicht ein Mucke.

Nach dem Reichsfinanzminister kommt als Redner der sozialdemokratischen Fraktion der Abg. Breitscheid zum Wort. Breitscheid setzt sich zunächst mit Dietrich auseinander. Er fordert Abstriche vom Etat, aber nur an solchen Positionen, die es übertragen könnten. Er predigt die ökonomische Weisheit, daß die Wirtschaftskrise die Mutter der Finanzkrisen sei, kommt dann zu einer Berechnung des vorausgesetzten Defizits, das er mit 1/4 Milliarden als nicht zu gering eingeschätzt bezeichnen möchte, und meint, daß alle Anzeichen dafür sprechen, daß die Steuern weiter zurückgehen würden und daß in der Arbeitslosenunterstützung von neuem große Löcher gestopft werden müßten. Guten Herzens und guten Glaubens spricht er aus, daß er auf den ersten Willen der Regierung hoffe, die Lösung dieser Schwierigkeiten im Reichstag und mit dem Reichstag zu finden.

Als er sich nunmehr der skrupellosen Demagogie der Nationalsozialisten zuwendet, wobei ein falscher Zungenschlag zuerst von „skrupelloser Demokratie“ sprechen ließ, macht ihm der Abg. Goebbels dauernd Zwischenrufe.

Zum Schluß erklärte er: „Wir unterstützen den Standpunkt der Regierung, daß wir keine Reparationen bezahlen können. Wir billigen, was wir von den Plänen der Regierung von Genf und Lausanne kennen.“

worden. Die Aktien der großen Werke der Kriegsindustrie steigen. Die Textilindustrie in Lodz (Polen) erhielt japanische Bestellungen, die Londoner Versicherungsgesellschaften haben die Versicherungsquote für Transporte nach dem Fernen Osten erhöht. In diesem Zusammenhänge muß in der Öffentlichkeit auf die Meldung der „Prowda“ vom 10. April hingewiesen werden, die besagt, daß nach Berlin ein Auftrag auf 400 000 japanische Militärmäntel vergeben wurde. Diese Beispiele der unmittelbaren Belegung auf vielen Gebieten der brachliegenden kapitalistischen Produktion in Europa und Amerika als Folge des japanisch-chinesischen Krieges und der weiteren Rüstungen der imperialistischen Mächte und ihrer Vasallen, wie Polen und Rumänien, könnten leicht vermehrt werden.

Die Börsen treiben weiter

Die Untersuchung der Weltwirtschaftslage im ersten Vierteljahr 1932, die immer tiefer werdende Krise, beweist, daß der Krieg im Fernen Osten sowohl in Asien wie in Amerika und Europa nur eine vorübergehende Belegung (besonders der Kriegsindustrie) bringt. Die Schlußfolgerung, die die kapitalistische Welt aus dieser Tatsache zieht, ist die Feststellung, daß der Krieg im Fernen Osten eine noch nicht genügende Ausweitung erhalten hat und daß er die modernen Mittel der Kriegstechnik (Materialverbrauch) noch nicht genügend verwendet. Eine weitere Lehre

Hoffentlich erfahren Parlament und auswärtiger Ausschuß von dem, was in Genf besprochen werden wird. Nach ihm spricht der kommunistische Abg. Schneller.

Über 400 Millionen Defizit

Nach dem soeben vorgelegten Abschluß schließt der ordentliche Haushalt des Reiches für das Rechnungsjahr 1931 mit einem Defizit von 288,5, der außerordentliche mit einem solchen von 160 Millionen Mark. Das Gesamtdefizit beläuft sich somit auf 423,5 Millionen Mark. Bemerkenswert hieran ist, daß fast die Hälfte dieses Defizits, insgesamt rund 200 Millionen Mark, allein auf den letzten Monat des Rechnungsjahres, also auf den Monat März 1932, entfällt.

Albert Thomas gestorben

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist am Sonnabend, 10 Uhr abends, in Paris gestorben. Er erlitt in einem Restaurant plötzlich einen Herzschlag. Er war in Paris, um sein Wahlrecht auszuüben.

Die sozialdemokratischen Parteien, wie die Amsterdamer Gewerkschaftszentralen widmen dem Verstorbenen, der ein Alter von 54 Jahren erreichte, warme Nachrufe. Die klassenbewußte Arbeiterschaft kann sich dem nicht anschließen. Thomas, der eine international viel gesehene Persönlichkeit war, begann als Doktor der Philosophie seine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung als Redakteur der sozialistischen „dumanité“ und Herausgeber der „Revue Syndicaliste“. Im Krieg war er als sozialdemokratischer Abgeordneter einer der schlimmsten Kriegspatrioten. Er wurde dafür 1915 auch — für einen „Sozialisten“ besonders ehrend — zum Unterstaatssekretär für Artillerie und Munition ernannt. Später wurde er Rüstungsminister und bekleidete diesen Posten bis 1920.

Dann wurde er Direktor des 1919 geschaffenen internationalen Arbeitsamtes. Hier hat er eine riesige Geschäftigkeit bewiesen. Er war eifrig bestrebt, die Klassengegensätze zu überbrücken, zu verkleistern. Zu diesem Zweck scheute er kein Mittel. Neben unzähligen Kongressen und Konferenzen des IAA bereiste er die ganze Welt, redete er in Unternehmer- wie Gewerkschaftskongressen, sang er selbst in Italien ein hohes Lied auf die faschistischen Einrichtungen. Er hätte auch eine Verbindung mit der Sowjetunion nicht abgelehnt, wenn er dort die Gegenliebe gefunden hätte. In Wirklichkeit war und ist das ganze internationale Arbeitsamt und damit die Tätigkeit Thomas nichts anderes, als ein riesiges Täuschungsmanöver gegenüber der Arbeiterschaft und somit nur eine Unterstützung des kapitalistischen Systems.

Ob nach dem Tode von Thomas das internationale Arbeitsamt noch in bisheriger Form aufrechterhalten wird, ist fraglich. Es hat in den Jahren nach der Revolution für das Kapital seine Dienste zur Irreführung der Arbeiter getan. Keiner der vielen schönen Beschlüsse des IAA wurde in die Tat umgesetzt. Erinnerung sei nur an die schon 1919 beschlossene Achtstundentags-Konvention. Dagegen ist in allen Ländern, außer der Sowjetunion seit Jahren ein unausgesetzter Abbau aller in der Revolution erkämpfter sozialen Errungenschaften zu verzeichnen. Thomas starb in einem Augenblick, wo die Sozialreaktion so offen auftritt, daß sie selbst dieses sozial schillernde Täuschungsmanöver nicht mehr benötigt.

ziehen verschiedene „Arzte“ des Imperialismus. Sie gipfeln in der Behauptung, daß die Fragen der Kriegskonjunktur vor allen anderen Fragen, die bisher als entscheidend für die Weltwirtschaft galten, zu setzen sind. So sucht der Weltimperialismus, gleich mit welchen Mitteln, den Ausweg aus der Krise. Die Börsen der Welt wollen die Erweiterung des Krieges. Sie bereiten planmäßig den neuen Weltkrieg vor, sie verschärfen die Gegensätze, sie versuchen den Kampf um den Stillen Ozean zwischen den Vereinigten Staaten Nordamerikas und Japan zu verschärfen, sie versuchen, die Widersprüche in Europa, wie die zwischen Deutschland und Polen, Italien und Frankreich u. a. m. zu vertiefen. Sie lassen nichts unversucht, um einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu provozieren. Die Gefahren an der mandschurisch-russischen Grenze, die Belegung in den Kreisen der russischen Emigration, die im Fernen Osten Söldnertruppen gegen die Sowjetunion aufstellt, die japanische Ablehnung des sowjetrussischen Vorschlages für einen Nichtangriffspakt, die weiteren Rüstungen in Polen und Rumänien, alle diese Tatsachen beweisen, daß der Weltimperialismus in einem neuen „Kreuzzug“ gegen die Sowjetunion den Ausweg aus der Katastrophe suchen will. Die ausgeplünderten, verelendeten Massen sollen wiederum zur Schlachtbank geführt werden, damit die Dividenden steigen!

Japan hetzt

ZN. Berlin, 9. Mai 1932.

Es wird soeben eine anonyme Schrift „Betrachtungen zur Mandschurei-Frage“ veröffentlicht. Es handelt sich um eine rein japanische Propagandaschrift, die von den japanischen Behörden selbst herrührt. In Berlin versendet sie die Kaiserlich-Japanische Botschaft kostenlos. Entgegen dem Preßgesetz ist ein Drucker in der Broschüre nicht genannt. In ihrem politischen Teil versucht die Broschüre, die nationalistischen Instinkte anzustacheln, wobei u. a. an den Ruheinmarsch der Franzosen angeknüpft wird. Die Schrift wird nicht nur in Berlin, sondern auch im Auslande, z. B. in Genf, versendet.

Eine Erklärung der Nanking-Regierung

Die Nanking-Regierung veröffentlicht zu der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens eine Erklärung, in der sie die Gründe für die Unterzeichnung des Abkommens auseinandersetzt. Sie erklärt, daß die Unterzeichnung dieses Abkommens für die chinesische Regierung mit großen Opfern verbunden sei. Sie habe es getan, um neue Menschenopfer auf beiden Seiten zu ersparen. Eine andere Lösung der chinesisch-japanischen Frage halte sie nicht für möglich. Bei der kommenden japanisch-chinesischen Konferenz werde sie ihr Bestes tun, um die chinesischen Rechte zu verteidigen.

Amerika

erhöht Steuern und Zölle

Das vom Finanzausschuß des Senats fertiggestellte Programm zur Deckung des Fehlbetrages im Haushalt sieht neben großen Einsparungen zahlreiche neue Steuern vor. U. a. wird eine Erhöhung der Einkommensteuern und der Postgebühren sowie neue Zölle auf Kupfer, Kohle, Oel und Holz vorgeschlagen. Weiter wird in der Vorlage mit den vollen Ratenzahlungen der alliierten Schuldner gerechnet.

„Kein genialer Finanzmann“

Kreuger-Prozeß beginnt

TU. Stockholm, 5. Mai 1932.

Vor dem Rathausgericht hat am Freitag der größte Prozeß in der Geschichte der schwedischen Kriminalität begonnen: der Kreuger-Prozeß. Auf der Anklagebank sitzen die drei verhafteten Direktoren der geheimnisvollen ausländischen Tochterunternehmen, sowie der Revisor Wendler. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft legte den vier Verhafteten Mithilfe bei den Kreugerschen Betrügereien zur Last. Ein Vertreter der geschädigten Besitzer von Kreuger-Papieren trat als Nebenkläger auf und forderte Schadenersatz. Die Angeklagten erklärten, in gutem Glauben gehandelt und sich vollkommen auf Kreuger verlassen zu haben. Der angeklagte Direktor Lange brach dabei in Tränen aus. Der Antrag der Verteidiger, die vier Angeklagten auf freien Fuß zu setzen, wurde abgelehnt und der Prozeß dann auf den 20. Mai vertagt.

Der Staatsanwalt erklärte u. a., daß Kreuger kein genialer Finanzmann gewesen sei; mehrere Personen müßten um seine Schwindeleien gewußt haben.

Bayerische Volkspartei gegen Reichskommissar in Preußen

Die bayerische Volkspartei-Korrespondenz, die letzthin sich bemerkbar machte, als sie Enthüllungen über die Generalakamarilla und die Schleiereien gegen die Brüning-Regierung an die Öffentlichkeit brachte, schlägt jetzt zur Abwechslung Alarm gegen die Pläne in Preußen einen Reichskommissar regieren zu lassen! Diese Pläne haben zum Teil ihre Wälder des Gedankens in Zentrumskreisen selbst. Aber stärker als das gemeinsame Parteiinteresse ist das partikularistische Sonderinteresse der bayerischen Zentrumsorganisation. Es würde sich um ein Vorgehen handeln, das weit über den Rahmen einer preußischen Angelegenheit hinausragt. Der Plan, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen, sei verfassungswidrig in jeder Beziehung untragbar. Die bayerische Korrespondenz mit Zitierung der Gefahrhaftigkeit eines Münchner Rechtsgelehrten. Die reaktionäre Entwicklung zeitigt herrliche Blüten. Wenn es nach der bayerischen Volkspartei ginge, dann müßte ein bayerischer Staatskommissar in Preußen und im Reich regieren. Die Haltung, die die bayerische Volkspartei einnimmt, muß sie an die Seite des Faschismus treiben. Ein Beweis mehr, daß nur die Zurückschlagung der Reaktion und des Faschismus durch die Arbeiterklasse die Aufgabe wird lösen können, die die bürgerliche Revolution ungelöst ließ: die Überwindung der Kleinstaaterei, und Rettung vor dem Faschismus!

Die Blutschuld des russischen und des internationalen Faschismus

Um den Präsidentenmörder Gorguloff
Verleumder-Einheitsfront der deutschen Nazis und der
französischen Reaktion

Wer ist Gorguloff, der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer?

Um die Beantwortung dieser Frage versucht nahezu die ganze bürgerliche Presse künstliches Dunkel zu verbreiten. Da es feststeht, daß er russischer Faschist und erbitterter Feind der Sowjetunion ist, erklärt ihn der größte Teil der bürgerlichen Zeitungen für geisteskrank. Aber aus Gorguloffs Vergangenheit ergibt sich, daß er zum aktivsten Flügel der russischen Konterrevolution gehört. Seine Taten, seine Organisationstätigkeit, seine Publizistik zeigen, daß von Geisteskrankheit keine Rede sein kann. Die Pariser „Humanité“ stellt nach seinen eigenen Enthüllungen fest: Gorguloff war nach seinen eigenen Bekenntnissen:

1. Ehemaliger Kosakenoffizier der weißen Armeen Denikins und Wrangels;
 2. seit 1919 Emigrant in Frankreich, in der Tschetchenlowakei und in der Schweiz;
 3. Gründer der im Jahre 1930 in Prag geschaffenen faschistischen Pan-russischen Bauernpartei, einer terroristischen und konterrevolutionären Organisation, deren Ziel es ist, die Sowjetmacht durch den Krieg zu vernichten (Programmerkklärung von 1930);
 4. konterrevolutionärer und sowjetfeindlicher Schriftsteller, der in den weißgardistischen Kreisen unter dem Namen Paul Brede bekannt ist, Verfasser mehrerer Bände mit Angriffen gegen die Sowjetunion;
 5. Besitzer des Nansen-Passes, das ist des Identitätscheines, der ausschließlich den emigrierten russischen Weißgardisten ausgestellt wird;
 6. von Struve, dem Führer der russischen Monarchisten-Allianz, und von Saborski, dem Vorsitzenden der weißgardistischen russischen Intellektuellen in Frankreich empfohlen;
 7. in Beziehungen mit allen anderen Führern der russischen Konterrevolution;
- Gorguloff konnte in Frankreich nur unter dem Schutz und unter dem Mitwissen der Polizei bleiben und handeln.

Noch am Tage des Attentats veröffentlichte er in den „Letzten Nachrichten“ der in Paris erscheinenden Zeitung des demokratischen russischen Emigrantenführers Miljukoff einen Aufsatz, worin es heißt: „Das einzige Heil, das letzte Heil ist der Krieg. Gleichgültig welcher Krieg. Ob ein Bürgerkrieg oder ein Interventionskrieg. Das ist die einzige Rettung für die in der ganzen Welt zerstreuten russischen Emigranten. Der Krieg ist das Ende der bolschewistischen Macht, und der jetzt herrschende Friede ist das Ende Europas und der Welt. Darum: es lebe der Krieg, er ist unser Heil!“

In zahlreichen Büchern vertrat er den Standpunkt der Interventionshetze gegen die Sowjetunion; noch kurz vor dem Attentat verfaßte er ein Tagebuch, in dem er die von Gott geheiligte Sendung zur beabsichtigten Mordtat unterstrich, indem er sich als einen Führer der russischen Befreiungsarmee ansprach.

Die Biographie Gorguloffs, seine selbst-

biographischen Beiträge, kennzeichnen ihn eindeutig als einen Führer der Aktivgruppen der russischen Emigrantenbänden. Aber gerade das führt die bürgerliche Presse dazu, den Schleier über diese Rolle zu breiten.

Sie vertuscht größtenteils bewußt die Hintergründe des Attentats.

Sie vertuscht die Machinationen der weißen Russen in allen Zentren Europas und Amerikas, deren Aufgabe es ist, gegen die Sowjetunion mit allen Mitteln zu schüren. In dieser Verbindung ist interessant, was die russische Faschistin Prokopowitsch Kuskowa in einer Arbeit über „Die Elemente des russischen Faschismus“ im Jahre 1928 geschrieben hat. Sie entwickelt in diesem Aufsatz den Gedanken, daß der russische Faschismus in der Emigration unter den Russen, die im Bürgerkrieg zer schlagen wurden, Wurzeln gefaßt hat, daß jedoch das Schwergewicht der faschistischen Aktionen nach der Sowjetunion verlegt werden mußte. Sie sagt ganz richtig: „Dem faschistischen Gesicht viel näher ist die breite Emigrantenmasse, deren Wahlspruch lautet: „Weder Republik noch Monarchie, sondern Volkswillen.“ Diese wenig einleuchtende Lösung ist in der letzten Zeit so populär geworden, daß auch viele Monarchisten sie sich zu eigen machten.“

Weiter sagt Kuskowa: „Die russischen Faschisten betreiben vor allen Dingen eine Aufhetzung der Ausländer zum Kampfe gegen die russische Revolution, die sie seinerzeit nicht mit eigenen Kräften überwinden konnten.“

Diese und andere charakteristische Äußerungen der Kuskowa bedeuten aber — in Verbindung mit dem letzten Attentat in Paris —, daß in bestimmten russischen weißen Kreisen die Tendenz besteht, die heutige kritische Situation in Verbindung mit den Kriegsgefahren an der sowjetrussischen und mandschurischen Grenze für ihre Zwecke zu benutzen. Durch die Unruhen und Provokationen, die sie in Europa stiften, soll Stimmung gegen die Sowjetunion gemacht und der kommende Krieg vorbereitet werden.

Mit der Stellungnahme der bürgerlichen Presse zum Fall Gorguloff, der in seiner Bedeutung an die Ermordung Jaurès' erinnert, wiederholt die bürgerliche Presse ihre verschleierte Politik, wie sie bereits vor wenigen Wochen anlässlich des Attentats der Stern und Wassileff in Moskau auf den deutschen Botschafter zum Ausdruck gekommen war. Auch damals gab es Bemühungen, den Attentatsversuch der Konterrevolutionäre auf Provokaturmethoden der russischen Sicherheitspolizei, der GPU, abzuwälzen. Deshalb muß besonders festgehalten werden, daß zum Fall Gorguloff sich eine internationale Verleumdereinheitsfront gegen die Sowjetunion gebildet hat. Diesmal marschieren deutsche Faschisten, Hugenbergleute und ihre Todfeinde, die Führer der französischen Reaktion, deren Ministerpräsident Tardieu und der Renegat Millerand an der Spitze in einer Reihe. Hier der Beweis:

Die Hugenbergsche „Telegraphen-Union“ vom

8. Mai: „Der Mörder Doumers doch ein Kommunist? — Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung.“ In Prag hat er sich um die Bildung einer allrussischen Bauernpartei mit jungbolschewistischem Charakter bemüht.“

Dieselbe am 9. Mai: „Die neu-bolschewistische Bewegung, zu der sich Gorguloff in Prag bekannte, soll tatsächlich der Komintern unterstehen.“

Der „Angriff“ vom 9. Mai: „Polizei ermittelt: Gorguloff ein Bolschewiki!“

„Der Montag“ (Hugenberg) vom 9. Mai: Tardieu erklärt: Präsidentenmörder ein Kommunist.“

Tardieu, französischer Ministerpräsident: „Die Mitglieder solcher Organisationen, wie die der Gorguloff angehörte, werden von der Komintern benutzt... Gorguloff verfügt über eine kommunistische Parteikarte...“

Expräsident Millerand: „Die persönlichen Auskünfte, die ich erhalten habe, erlauben mir auf die kategorischste Art zu erklären, daß der Mörder Doumers

den regulären bolschewistischen Mächten angehört...“

Zu der ungeheuerlichen Bezeichnung, die von Tardieu, Millerand usw. am Vorabend der Wahl bewußt verleumdend ausgesprochen wurde, schreibt selbst ein antibolschewistisches Blatt wie die „Russische Zeitung“: „Der frühere Präsident Millerand hält es für angezeigt,

ohne der Öffentlichkeit die Spur eines Beweises vorzulegen, diese Erklärung abzugeben.“

Das Faschistenkomplott in Paris, das zum Abbruch der russisch-französischen Beziehungen und zum Eingreifen Frankreichs an der Seite Japans hätte führen sollen, beginnt sich gegen die Verbücher zu wenden, die es anzettelt. Ein Teil des Linkerflügel bei den gestrigen Kammerwahlen ist sicher nicht zuletzt der Einsicht der französischen werktätigen Massen in die ungeheure Gefahr zuzuschreiben, die der faschistische Provokaturplan ausgelöst hat. Es ist wichtig, die Methoden der internationalen Reaktion und des Faschismus anzuprangern. Ihre Blutschuld und ihre Kriegshetze schreit zum Himmel...“

Furchtbares Einsturzungsglück in Lyon 50 bis 60 Tote

Paris, 8. Mai 1932.

In Lyon stürzten am Sonntag vormittag zwei Familienhäuser ein, die 45 Bewohner beherbergten. Durch den Einsturz platzte die Gasleitung, worauf der Trümmerhaufen in Flammen aufging. Nur etwa zehn Einwohner konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen, so daß noch etwa 35 unter den Trümmern begraben liegen. Bis zur Stunde war es noch nicht möglich, an den brennenden Trümmerhaufen heranzukommen. Nur eine einzige Frau konnte als Leiche geborgen werden. Der Bürgermeister von Lyon, Herriot, sowie die Spitzen der Behörden befinden sich an der Unglücksstätte.

Paris, 8. Mai 1932.

Die Befürchtung, daß die bei dem schweren Einsturzungsglück in Lyon unter den Trümmern der beiden Häuser begrabenen 35 Einwohner dem Tode geweiht seien, scheint sich zu bestätigen.

bis Sonntag nachmittag war es noch nicht gelungen, einen einzigen Begrabenen zu retten.

Von den zehn Personen, die sich in Sicherheit bringen konnten, sind acht schwer verletzt. Bei den Aufräumarbeiten ereignete sich ein neuer Erdbeben, wobei ein Feuerwehrleutnant schwere Quetschungen davontrug. Die gesamte Lyoneser Feuerwehr und die Garnison von Lyon befinden sich an der Unglücksstätte und arbeiten fieberhaft an der Rettung der Verschütteten. Die Katastrophe scheint durch die letzten starken Regenfälle verursacht worden zu sein. Hierdurch hat sich der

Erdbeben ereignet, der den Einsturz der Häuser nach sich zog.

Der Besitzer eines der Häuser erklärte, daß er sich gerade wenige Meter von dem einen der beiden Häuser befand, als er plötzlich eine Rauchwolke gen Himmel steigen sah. Einige Sekunden später habe er einen furchtbaren Krach gehört, in den sich die Hilfeschreie der Opfer gemengt hätten. Er sei sofort zur Unglücksstätte geeilt, wo sich ihm ein entsetzlicher Anblick geboten habe. Die

Erhöhung, auf der die beiden Häuser gebaut waren, sei buchstäblich in zwei Stücke gespalten gewesen. Der Erdbeben, der sich während der Rettungsarbeiten ereignete, hätte beinahe noch 50 weiteren Personen das Leben gekostet, die sich unmittelbar neben der Erhöhung befanden, die plötzlich abrutschte. Unter ihnen war auch der Bürgermeister von Lyon, Herriot. Das Feuer, das sofort nach der Katastrophe ausbrach, konnte nach einigen Stunden gelöscht werden. Die ganze Gegend ist von Gendarmerie und Polizei abgesperrt.

Hunderte von Menschen umlagern die Unglücksstelle und warten auf Nachricht über Verwandte oder Bekannte, die sich unter den Trümmern befinden.

Die Bergungsarbeiten haben im Laufe des Nachmittags eine Unterbrechung erfahren, da man zunächst einmal die umliegenden Häuser stützen muß, um neuen Katastrophen vorzubeugen.

Paris, 8. Mai 1932.

Die Aufräumarbeiten an der Unglücksstelle in Lyon konnten bis zum Sonntag abend noch nicht wieder aufgenommen werden. Die Annahme, daß die unter den Trümmern Begrabenen nur noch als Leichen geborgen werden können, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit.

Die Zahl der Verschütteten, die ursprünglich auf 35 angegeben wurde, wird von der Polizei auf 50 bis 60 beziffert.

Aus den Trümmern dringen keinerlei Laute.



Sticken Sie, lieber Raucher?

Jeder Mann wird über dieses Ansinnen lachen!

Die heutige Männerwelt hat andere Sorgen, diese zu bannen, dem grauen Alltag ein paar frohe Minuten abzurufen, dafür ist Jano die Rechte.

Den überragenden Erfolg der
JUNO
schuf ihre Güte.

Weil sie keine Stickereien, Wertmarken oder Gutscheine bringt,
bleibt Juno die Cigarette aller Kenner;
sie ist gleichmäßig gut bis zum letzten Zug!



A1 Freiheit, die ich meine . . .

Hessisches Kreisamt Gießen
Fernsprecher 2951

Gießen, den 29. April 1932.

Betreffend Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. J. 1931. — Unter Bezugnahme auf Ihren Antrag vom 24. April 1932 teilen wir Ihnen mit, daß die uns vorgelegten Gedichte: 1. „Die Tante des Panzerkrawzers B.“, 2. „Die starke Republik“, 3. „Das kleinere Uebel“, 4. „Der 1. Mai beim Genossen Polkowsky“, 5. „Die deutsche Republik“ zum Vortrag auf der Mailier am 1. Mai 1932 nicht zugelassen werden können.

Es sollte jüngst bei einer Veranstaltung Der Klassenbewußten Proleten Zu Gießen im Leuschner-Hausenlande Ein proletarischer Dichter reden.

Am Kreisamt wurden sieben Gedichte Dem Herrn Oberregierungsrat Zur Genehmigung vorgelegt — — — Ann.: Der Herr ist Sozialdemokrat!

Dieser Genosse der „Eisernen Front“ Gab von den sieben Gedichten nur Eins frei! Die übrigen sechs fielen Unter den Hammer seiner Zensur!

Ein Nazi-Kreisamt hätte vielleicht Alle Gedichte zu Fall gebracht, Doch der Herr Genosse Regierungsrat Hat's mit sechs Siebentel nur so gemacht!

Eins hat er genehmigt! Eins von sieben!!! Heil „kleinere Uebel“-Theorie! Du blaues Wunder der SP-Größen, Heil Hohn! Du deutsche Demokratie!

Die „freieste“ aller Republiken Macht ganz gewaltig in Diktatur! Wo Schleicher und Groener kommandieren, Da ist von der Freiheit keine Spur!

Die „freie“ deutsche Verfassung schläft Im Not-Paragrafen-Ge-Wickel! Sanft ruht hinter sicherem Drahtverhau Der einhundertachtzehnte Artikel! —otka—

Mord

Frankenthal, 8. Mai 1932.

Im nahen Lamsheim erschlug die 36 Jahre Ehefrau des Kesselschmieds Philipp Gogel am Sonnabendnachmittag im Keller ihres Anwesens den vierjährigen Sohn des Schneidemeisters Helf mit einer Axt. Der Junge hatte zuvor im Hof des Anwesens Helf mit einem anderen Jungen gespielt. Ueber den Grund zur Tat besteht noch keine volle Klarheit. Man spricht davon, daß die Frau geistig nicht normal ist. Der ermordete Junge war das einzige Kind des Ehepaares Helf.

Beuthen (O.-S.), 8. Mai 1932

Am Sonntag gegen Mittag strackte der frühere Magistratsangestellte Bremsa seine geschiedene Frau, die sich in der Wohnung einer Bekannten aufhielt, durch mehrere Revolverschüsse nieder. Die Frau wurde an der Brust und am Hals lebensgefährlich verletzt und von Nachbarn durch ein Fenster vor weiteren Angriffen in Sicherheit gebracht. Beim Eintreffen der Mordkommission fand man Bremsa in einer Blutlache liegend auf. Er hatte sich durch einen Schuß in den Kopf getötet. Ueber die Gründe der Tat ist noch nichts bekannt.

Geilenkirchen, 9. Mai 1932

Eine schwere Bluttat hat sich am heutigen Montagmorgen zwischen 3 und 4 Uhr in Scherpenseel zugetragen. Im Hause eines Wirtes kam es zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf ein 27-jähriger junger Mann den Wirt und seine Frau mit einem Revolver erschöß. Der Ehemann wurde ins Herz getroffen und war sofort tot. Die Frau erhielt einen Bauchschuß und wurde ins Geilenkirchener Krankenhaus gebracht, wo sie hoffnungslos darniederliegt. Zwischen dem jungen Mann und dem Ehepaar hatte es bereits seit einiger Zeit Streitigkeiten gegeben, weil der Vater den jungen Mann, der arbeitslos war, als Schwiegervater ablehnte. Der Täter ist geflüchtet.

Hamburg

Wieder eine SPD-Säule gebarsten. Es wurde bereits berichtet, daß sich in Hamburg der zweite Direktor der Webwarengesellschaft, Fr. Koff, erschossen hat, nachdem man in der Kasse Verfehlungen festgestellt hatte. Koff machte dieselbe Laufbahn wie sein Genosse Brolat. Vor dem Kriege kleiner Bonze im Fabrikarbeiterverband, brachte er es durch die Revolution bis zum 2. Direktor einer Bekleidungs-gesellschaft, die vom Hamburger Staat finanziert wurde. Sie lieferte zu dem von ihr geforderten Preis an die Wohlfahrtsämter, der Kriegsbeschädigtenfürsorge, für die entlassenen Gefangenen Hamburgs. Vor Jahren sprach ein prominenter Vertreter der SPD seine Entrüstung darüber aus, daß eine so kleine Gesellschaft drei Direktoren haben müsse. Der Mann mit dem dritten Direktorengeltalt nannte sich Einkäufer. Wie August Winnig und Genossen vergaß er sein proletarisches Klassenbewußtsein, er setzte seine Frau an die Luft, weil sie ihm nicht mehr gut genug war. Er spazierte dann am Strand von Travemünde wie einer von den oberen Zehntausend umher, um dort sein Direktorengeltalt zu verpressen. Schon vor Jahren, als der Sklarekandal in Berlin bekannt wurde,

Kommunistische Kampfweise

Willst du nicht mein Bruder sein . . .

Mit welchen Mitteln die KPD in Geesthacht kämpft, zeigt folgender Vorfall. Ohne jegliche Auslosung überfielen am Mittwochabend die drei Gebrüder Petersson den Vorsitzenden der SAP, den Genossen Gottfr. Hofeld in seiner Wohnung. Sie machten wahr, was W. Petersson schon seit Tagen und Wochen im Hinblick auf den Genossen Hofeld öffentlich ausgesprochen hatte: „Sein Blut soll zuerst fließen!“ u. a. m. Noch am selben Morgen verfolgte er nach einer kurzen Auseinandersetzung beim Arbeitsamt dem Genossen Bernhard Schmidt eine Ohrfolge. Jedenfalls glaubt dieser „Klassenkämpfer“, infolge seiner Körperkräfte einfach seine Klassengenossen verprügeln zu dürfen.

Der Genosse Hofeld, der in letzter Minute die Gefahr erkannte, wollte die Tür verschließen und stellte sich hinter die Tür. Er wurde zurückgedrängt, die Unholde fielen über ihn her und verprügten ihn schwer, so daß er am Gesicht, Kopf und Hals schwere Verletzungen davontrug. Der Arzt stellte Schläge mit einem harten Instrument fest. Nicht einmal die erkrankte Frau Hofeld und das dreijährige Kind wurden verschont. Um diese „revolutionäre“ Tat ausführen zu können, hatte man sich den nötigen Mut (!) angeeignet.

Wände, Türen und Decken waren stark mit Blut beschmutzt. Nachdem sie ihren Mut genügend gekühlt hatten, verließen sie die Wohnung, um dann noch einmal einen Angriff zu machen. Da inzwischen die Tür verschlossen war, die Familie Hofeld war auf den Boden geflüchtet, demolierten sie die Fenster, so daß die Wohnung zur Zeit unbewohnbar ist. Als die Polizei erschien, verschwanden diese „revolutionären“ Helden.

Tagelang vorher wurde schon die Genossen

Befeld von W. Petersson angepöbelt. Seit Wochen provoziert er in Wirtschäften, bei SAP-Versammlungen, auf der Straße, bei der letzten Wahl, wo er beim Agitationslokal der SAP unsere Wahlflugblätter abriß. Andere Maulhelden arbeiten in derselben Richtung.

Seit Wochen und Monaten erklären ihre Maulhelden öffentlich, daß die Genossen Zühl, G. Hofeld u. a. erledigt werden sollen. In der gemeinsten Weise wird seit Monaten alles mögliche zusammengelogen. Heute sagen wir, das ist erst der Anfang. Hamburger Instrukturen und der bekannte Flohknacker der R. Z. sprachen mehrfach von einer proletarischen Antwort. Sind sie, die Generalprovokateure, nun zufrieden? Oder ist es erst der Anfang? Die Polizei ist, wenn sie nicht blind ist, im Bilde. Was hat sie getan? Trotz aller Vorkommnisse, trotz der Mordandrohungen meinte sie noch am Donnerstagmorgen, daß alles harmlos sei. Wir werden nicht solange warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern wir werden uns auf alle Gemeinheiten und Verbrechen mit den Mitteln zur Wehr setzen, die uns zur Verfügung stehen, das mögen sich die Holden von Schubert & Co. merken. Wir werden uns nicht wie Freiwild abschlagen lassen, und durch diese Gewaltpolitik werden sie gewiß weder einen der unseren noch die Indifferenten von dieser Art „Kommunismus“ überzeugen. Statt gemeinsam mit ihren Klassengenossen zu gehen, machen sie Einheitsfront mit den Nazis. Wir fragen hiermit die Geesthachter KPD, die Bezirksleitung Wasserkante der KPD und die Hamburger Volkszeitung: deckt ihr das Verbrechen der Gebrüder Petersson, oder rückt ihr davon ab? Wir erwarten eine sofortige und eindeutige Antwort.

wurde einem kommunistischen Bürgerschaftsmitglied berichtet, daß ein kleiner Sklarekandal auch in Hamburg gefällig sei. Es wurde mitgeteilt, daß dieser Direktor Koff Bestechungsgelder dauernd von den Lieferanten angenommen habe. Seine erste Frau könne darüber weitere Mitteilungen machen. Leider konnte in dieser Angelegenheit nichts Näheres festgestellt werden. Demals soll er ein Gehalt von 1200 Mark bekommen haben. Die SPD wollte nichts von diesem Sumpf gemerkt haben, obgleich sie doch die nötige Verbindung hatte.

Bremen

Für Einheit der Partei. Die Funktönarversammlung der SAP Bremen beschäftigte sich eingehend mit der Zeitung „Die General-Linie“ und faßte einstimmig folgenden Beschluß: „Die Funktönäre der Ortsgruppe Bremen, die das Verhalten der Genossen um Siemsen und Kleinlützel in ihrer Haltung zur Prinzipienklärung scharf verurteilen, halten auch das Vorgehen der Genossen um Rück und Düby als nicht vereinbar mit den Prinzipien einer revolutionären Partei. Sie fordern den Parteivorstand und alle Genossen auf, alles zu tun, um die Einheit der Partei auf dem Boden der Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms aufrechtzuerhalten.“

In dem Hause Simonstr. 14 ereignete sich am Sonnabendabend ein tragisches Brandunglück. Eine in ihrer Wohnung sich allein befindliche gelähmte Witwe im Alter von 83 Jahren hatte eine Kerze auf dem Nachttisch angezündet, durch die später offenbar das Bett in Brand geraten ist. Mitten in der Nacht bemerkte man, daß die Wohnung in Flammen stand. Als die drei Söhne, die zum Muttertag nach Bremen gekommen waren, heimkehrten, fanden sie die greise Mutter tot auf. Die Feuerwehr konnte den Brand, der die ganze Wohnung sowie den Dachstuhl vernichtete, bald löschen.

Köln

Mitgliederversammlung der SAP. Genosse Fritz Maas sprach in einem gut angelegten Referat über: „Die Landtagswahlen und unsere Aufgaben“. Ausgehend von der Tatsache, daß mit dieser Wahl den Nazis der Einbruch in die Front der SPD und KPD gelungen ist, zeigte

Maas die Tatsache der Machtergreifung des Faschismus auf. Der Faschismus läßt uns keine Zeit mehr, in mühevoller Kleinarbeit eine große schlagkräftige marxistische Arbeiterpartei aufzubauen. Unsere ganze Kraft muß konzentriert werden auf die Schaffung einer wirklich überparteilichen proletarischen Einheitsfront gegen Faschismus und Kapitalismus, sonst ist die ganze sozialistische Arbeiterbewegung verloren. Von dem baldigen Zustandekommen der proletarischen Einheitsfront hängt nicht nur das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse auf Jahre oder Jahrzehnte ab, die Arbeiterschaft der ganzen Welt wird vom Siege des Faschismus in Deutschland getroffen werden. An Hand der kommunistischen und sozialdemokratischen Presse wies Maas nach, daß diese beiden großen Parteien nach wie vor bemüht sind, die Einheitsfront zu sabotieren. Daraus erwachsen für uns besondere Aufgaben. Die Ortsgruppenleitung der SAP wird in den nächsten Tagen mit einem offenen Brief an alle Arbeiter-Organisationen, Betriebsräte usw. herantreten, um in letzter Stunde nochmals einen Versuch zur Bildung überparteilicher Kartelle zum Kampf gegen den Faschismus zu machen. Auf diesen Aufruf dürfen wir uns aber nicht beschränken, es gilt, breite Massen der Proletarier für unsere Gedanken zu gewinnen. Maas forderte für den Beginn dieser Arbeit die Liquidierung eines alten Fehlers, der darin bestand, in jedem andersdenkenden Genossen einen Trottel zu sehen, mit dem zu diskutieren zwecklos sei. Maas forderte einen offenen Brief an sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, worin schonungslos die fehlerhafte Politik der beiden Parteien kritisiert und feste Vorschläge für die zukünftige Arbeit gemacht werden sollen. Weiter macht er Vorschläge für eine möglichst erfolgreiche Arbeit unter den unteren Funktönären der proletarischen Organisationen. Zum Schluß seiner Ausführungen untersuchte Maas den heutigen organisatorischen Aufbau der Partei und kam zu der Schlußfolgerung, daß er den jetzigen Ansprüchen nicht mehr genüge. Seine Vorschläge zur organisatorischen Umgestaltung der Partei fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung.

Barth

Einen sehr vernünftigen Beschluß faßte das hiesige Reichsbanner in seiner letzten Versammlung. Infolge der wirtschaftlichen Ver-

Werbe-Postkarten



können von den Ortsgruppen im Reich durch den Bezirksverband Berlin-Brandenburg der SAP zum Preise von 1,20 Mark für 100 Stück bezogen werden.

hältnisse ist es vielen Mitgliedern der Sportabteilung des Reichsbanners nicht mehr möglich, die Doppelbeiträge aufzubringen. Daher wurde beschlossen, die Sportabteilung aufzulösen und sich dem Arbeiter-Sportverein anzuschließen. Das Reichsbanner hat auch schon seit langer Zeit sehr stark in die Rechte der Arbeiter-Sportvereine durch Gründung eigener Sportabteilungen eingegriffen. Darunter wurde seitens der Vereine auch immer sehr stark Klage geführt. Hoffentlich wird dieses Beispiel recht viel Nachahmung finden, die Arbeiter-Sportvereine werden es jedenfalls schon im Interesse der Einheit begrüßen.

Der Metallarbeiterverband nahm in seiner letzten Versammlung Stellung zum nächsten Verbandstag. Da bisher ein gemeinsamer Delegierter nicht benannt worden ist, wurde der Vorsitzende, Kollege Schmid, als Delegierter in Vorschlag gebracht. Der Bericht vom Ortsausschuß des ADGB wurde entgegengenommen und einige Unterstützungsanträge von bedürftigen Mitgliedern wurden bewilligt. Die Versammlung nahm auch von der erfolgreichen Durchführung einiger Klagen vor der Spruchkammer des Landesamts in Stettin Kenntnis.

Zinnowitz

Im Verdacht des Gattenmordes! Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft traf hier eine Gerichtskommission ein, welcher der Gerichtsarzt, Professor Dr. Hey-Greifswald, und der Kriminalkommissar Bluhm-Stettin von der Landeskriminalpolizei angehörten, um umfangreiche Vernehmungen über den angeblich verdächtigen Todesfall in der Familie des Arbeiters Paul L. von hier, dessen 34-jährige Ehefrau vor kurzem gestorben war, vorzunehmen. Da L. bereits zum fünften Male verheiratet gewesen war und alle seine Frauen durch den Tod verloren hat, zum Teil nach nicht langer Ehe, war der Verdacht aufkommen, er könnte sich, namentlich in dem letzten Falle, als Giftmörder betätigt haben. Der so Verdächtigte wurde einstweilen festgenommen. Die ersten Feststellungen ergaben schon, daß der Verdacht gegen ihn auf sehr schwachen Füßen stand, und dieses Ergebnis wurde nach der Ausgrabung der Leiche der jüngst verstorbenen Frau L. durch die gerichtlichen Feststellungen voll bestätigt. Der Befund ergab die Gewißheit, daß die Frau eines natürlichen Todes gestorben ist. Brustkrebs ist die Todesursache. Nach den Ermittlungen über die andern Todesfälle der Ehefrauen des L. kann gesagt werden, daß sich auch hier ein Verdacht gegen den Ehemann nicht aufrechterhalten läßt. L. ist darum wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Dieser Skandal kann nicht scharf genug verurteilt werden. Bekanntlich muß doch immer die Todesursache durch ein ärztliches Attest bewiesen und auch festgestellt werden. Warum nimmt man in solchen zweifelhaften Fällen nicht auch die Aerzte, welche solche Atteste ausgestellt haben, fest? Aber ein Proletarier kann unschuldig der Verachtung seitens der Einwohnerschaft preisgegeben werden, so etwas kümmert die Justiz nichts. Hierin muß ein grundlegender Wandel eintreten, und das Proletariat muß auch in solchen Fällen für eine andere Regelung kämpfen.

Leipzig

Acht Abonnenten für die SAZ wurden

in einer einzigen Versammlung in Leipzig gewonnen!

Das ist ein Beweis für die großen Werbemöglichkeiten, die uns noch offen stehen.

In jeder Versammlung, in jeder Konferenz, bei jeder Gelegenheit muß

für die SAZ geworben werden!

Nazi, wirb am Biertisch! Es ist dringend erforderlich, daß jeder Parteigenosse sich gründlich schult und überall, im Betrieb, am Bierisch, im Wartezimmer des Arztes und sonstwo, als Werber von Mund zu Mund auftritt. — Reichsleitung, Propagandaabteilung II, Fritz Reinhardt (Leipziger Tageszeitung).

Kleine Sportnachrichten

Handballkreismeisterschaft. In der Endrunde um die Westdeutsche Meisterschaft spielen die Bezirksmeister Hamborn Schmidtorf-Schwarz-Gelb, Düsseldorf 1:4 (3:3) und Horne 0:7 schlug überraschenderweise Eilfeld-Ullendahl mit 8:7.

In der Zwischenrunde um die Nordbayerische Meisterschaft gab es einen Überraschungssieg von Wunsiedel über den Schwimmklub Schweinfurt mit 5:4. Wunsiedel und Nürnberg-West sind nun Endspielgegner.

Handball-Europapokal. Nürnberg-Magdeburg-Farmersleben 4:10. Schweinfurt-Magdeburg-Farmersleben 1:2. Wasserball.

In der Vorrunde um die Bundeswasserballmeisterschaft des Kreises Kassel-Provinz Südniederrhein des Arbeiter-Turn- und Sportbundes gewann der Bezirksmeister Kassel über Göttingen 8:0.

Nürnberg-Ost Anwärter auf die Bundesfußballmeisterschaft.

Nürnberg schlägt den Nordwestdeutschen Meister Bremen-Blumenthal 4:1. Nun herrscht Klarheit über die Endspielgegner um die Bundesfußballmeisterschaft des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Der Süddeutsche Meister Nürnberg-Ost und der Ostdeutsche Meister Cottbus 93 sind die letzten Anwärter auf den Titel. Nürnberg schlug am Sonntag in Bremen vor 7000 Zuschauern den vorletzten Widersacher in überzeugender Weise. Die Bremer gingen forsch in das Zeug und es dauerte nicht lange, da lagen sie mit 1:0 in Führung. Leipzig aber eicherte Nürnberg in Meisterform, und wenn es bis zur Halbzeit auch nur zu einem 1:1-Ergebnis langte, so stellte sich doch nach dem Seitenwechsel ganz klar heraus, daß der Süddeutsche Meister das Spiel fest in der Hand hatte. Das Endspiel um die Bundesmeisterschaft findet am 21. 5. im Stadion zu Nürnberg statt.

Internationaler Boxsport. Die Auswahlmannschaft des französischen Arbeiter-Sportverbandes hiererte im Boxen des Vereins für Volkssport Braunschweig sehr gute Kämpfe und half dadurch zu einer sportlichen Großveranstaltung. Kampfergebnis nach Punkten: 7:7.

Organisationsnachrichten

SAP Köln, Stadtteil Süd: Versammlung Freitag, 20. Mai, 20 Uhr, im Lokal Rehm, Kartäuserhof 29. Genosse Göbbels spricht über „Die Stellung der SAP zu außerdeutschen Parteien“. Umstellung der Stadtteilleitung.

Tribüne der proletarischen Einheitsfront

Die Diskussion über den Arbeiterblock

Der Gedanke, gegen das weitere Vordringen des Faschismus den Block aller Arbeiterorganisationen mit einem gemeinsamen antifaschistischen Kampfprogramm einzusetzen, bricht sich immer weiter Raum. Während die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteiblätter noch in der Ablehnung dieses einzig möglichen Ausweges verharren, indem sie sich in Schweigen hüllen, greifen verschiedene linksdemokratische Blätter, der Stimmung ihres Leserpublikums folgend, den Gedanken auf. Wir verzeichnen einige neue Stimmen der letzten Montagspresse zur Diskussion.

Der Anfang zur Überwindung der Krise

Am bemerkenswertesten erscheint uns ein Aufsatz von Emil Rabold in der „Welt am Montag“. Emil Rabold schreibt u. a.: „Daß es nicht gelang, die entwurzelten Schichten aufzufangen, der hoffnungslosen Jugend ein leuchtendes Ideal zu geben, für das es sich lohnt zu leben und zu kämpfen, bleibt das Hauptübel dieser Zeit. Die Selbsterfleischung der Arbeiterparteien hat diesem Uebel den größten Vorhub geleistet. So nur konnten die Suchenden den Glauben an das Ideal des wirklichen Sozialismus verlieren, nur so war es möglich, daß die Verzweifelten einem Irrsinn nachhingen, der sie früher oder später im Sumpfe erstickend lassen wird.“

Vergangene Sünden können nicht ungeschehen gemacht werden. Aber man kann aus ihnen lernen. Man muß aus ihnen lernen. Wenn der deutsche Faschismus ursächlich nur groß werden konnte durch die Spaltung, so kann seine Gefahr nur gebannt werden durch die Einigung der Arbeiterschaft.

Einigung, das heißt: gegeneinanderarbeitende Kräfte für ein gemeinsames Ziel einsetzen. Energien von ungeheurer Ausmaß, die bisher im gegenseitigen naturwidrigen Kampfe verbraucht, Zeit, Geld, Arbeit, die zum Kampf von Bruder gegen Bruder nutzlos vertan wurden, würden damit frei. Die Schlagkraft einer Bewegung müßte sich unter einem solchen allein sinnvollen Zwecke wie von selbst verdoppeln...

Eine einzige Arbeiterschaft, und die zweite Stimme, um die Hitler bei den Wahlen erfolgreich gerungen hat, geht ihm wieder verloren. Dafür werden die in der geeinigten Arbeiterbewegung gesammelten Kräfte ihre politische Wirkungsmöglichkeit verdoppeln, und der Anfang zur Überwindung der Krise, zur Neuordnung der Welt, ist gemacht.

Es geht nicht um das Endziel. Es geht um die Voraussetzungen für das Endziel.“

Kommt für Noske nicht in Frage!

Zu einer Diskussion über die Einheitsfront der Arbeiterparteien hat auch der „Montag Morgen“ eine Reihe von Fragen an verschiedene Funktionäre der Arbeiterbewegung gerichtet. U. a. die Frage, ob es nicht das dringendste Gebot der Stunde sei, daß Sozialdemokraten und Kommunisten unbeschadet prinzipieller

eller Gegensätze ungesäumt eine gemeinsame Kampforganisation zum Schutze der Arbeiterschaft ins Leben rufen. Auf die Frage antworteten Tom Sender, Mierendorf, Scheidemann, Emonts und Noske. Außerdem Carl von Ossietzki und Leopold Schwarzschild. Mierendorf und Tom Sender beantworteten die Frage mit ja, jedoch, meint Tom Sender, verhindere die Verblendung der Kommunistischen Partei die Schaffung dieser Einheitsfront. Sie und Scheidemann sind daher für die Eisernen Front. Emonts, der Führer der Bankbeamten, klagt, daß eine solche gemeinsame Kampforganisation längst vorhanden sein müßte, aber daß es schon zu spät sei, sie jetzt noch zu schaffen. Er verspricht, nach dem Siege von Hitler (!), aus der Illegalität heraus seinen Mann zu stehen.

Nur unser Genosse Kurt Rosenfeld, der sich ebenfalls an der Diskussion beteiligte, antwortet unzweideutig und positiv im Sinne der SAP:

„Ich halte es für das Gebot der Stunde,

Vernunft und Unvernunft bei der KPD

Bei den Kommunisten liegen sich Vernunft und Unvernunft in den Haaren. Die innere Gärung unter den Mitgliedern der Kommunistischen Partei führt zu vielen Widersprüchen in der Politik der Partei. Das zeigen aufs neue ein Aufruf des Zentralkomitees zu den Notverordnungen und Anträge der Kommunistischen Reichstagsfraktion, die die „Rote Fahne“ vom 7. 5. veröffentlicht.

Im Aufruf des Zentralkomitees wird das Verbot der proletarischen Freidenkerbewegung als ein Alarmsignal für alle proletarischen Organisationen zum „gemeinsamen, schärfsten Kampf“ bezeichnet. Richtig wird darauf hingewiesen, daß wenige Wochen, nachdem die sozialdemokratischen Führer Hindenburg als Retter der Demokratie priesen, die Hindenburg-Presse — nicht zufrieden mit dem bisherigen Verbot — schon nach dem Verbot des deutschen Freidenkerverbandes schreie.

Der Aufruf wendet sich dann an alle Mitglieder der proletarischen Kulturorganisationen, vor allem an die Mitglieder des deutschen Freidenkerverbandes, an die sozialdemokratischen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter: „Wir rufen der ganzen Arbeiterklasse und allen Werktätigen zu: entfaltet eine gewaltige Protestaktion in allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung! Organisiert den Massenkampf gegen die Verbotsmaßnahmen, gegen die Kulturreaktion.... heraus aus der Kirche!“

Marschiert auf zum Massenaustritt aus der Kirche.

Wir fordern die Arbeiter in Betrieben, Stempelstellen und allen proletarischen Massenorganisationen auf: Schließt Euch zusammen und

verteidigt Eure Klassenkampforganisationen. Stürmt mit vereinter Kraft gegen die Diktatur des Kapitals...“

daß alle Gruppen und Parteien der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung, unbeschadet prinzipieller Gegensätze, sofort eine gemeinsame Kampforganisation zum Schutze der Arbeiterbewegung bilden. Wertvolle Vorarbeiten dazu sind bereits von der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands geleistet worden. Diese Partei erblickt in gegenwärtigen Augenblick ihre Hauptaufgabe darin, die Einheitsfront des deutschen Proletariats herzustellen.

Ich bin bereit, mit meiner Person und meinem Namen mich für eine überparteiliche, schlagfertige sozialistische Dachorganisation zur Abwehr des nationalsozialistischen Bürgerkrieges einzusetzen.“

Ebenso unzweideutig antwortet Herr

Noske,

Oberpräsident der Provinz Hannover:

„Es gibt für einen Sozialisten keine Möglichkeit, mit den kommunistischen Schimpfböden irgendwie zu paktieren.“

Vom Bluthund der deutschen Revolution ist eine andere Antwort nicht zu erwarten, aber gerade das muß die Launen und Zögernden erst recht anfeuern, den Weg zur Einheitsfront zu suchen, die dem Faschismus und seinen Noskes das Handwerk legt.

Es lebe der Sozialistische Freiheitskampf!!!

Das ist ein ganz neuer Ton, und wir begrüßen die Wendung der Vernunft darin. Noch vor kürzester Zeit hat die kommunistische Partei die Zerschlagung der Klassenkampforganisationen vertreten. Wenn sie jetzt aufruft zu ihrer Verteidigung, so ist das ein großer Fortschritt.

Aber es wird das Vertrauen zur Besinnung und zu ihrer Dauer nicht stärken, wenn der Aufruf des Zentralkomitees die Rote Einheitsfront als seine Einheitsfront bezeichnet. (Heraus aus der Hindenburgfront, hinein in unsere „Rote Einheitsfront“.) Dahinter steckt noch immer der durch ihre bisherige Politik ganz und gar nicht begründete Anspruch der Kommunisten auf die Führung in der Einheitsfront, der solange ein leeres Anspruchs bleiben wird, solange keine Gewähr gegeben ist, daß die kommunistische Führung wirklich unbeirrt von ihren üblen Traditionen für das Zustandekommen der Einheitsfront aller deutschen Arbeiterorganisationen, für ein gemeinsames Kampfprogramm eintreten wird!

Die alte Linie kommt leider in einer Reihe von Anträgen der Reichstagsfraktion der KPD noch immer zum Ausdruck. Auch soweit diese Anträge sachlich richtig sind, wie der Mißtrauensantrag gegen die Brüning-Regierung, der Antrag für die Aufhebung aller Notverordnungen, Anträge für die Einstellung der Fürstentzählungen, der Subventionen, der Zahlungen an die Kirche, der Wuchererhälter der Bankdirektoren usw., ist ihre Aufmachung in der Fahne als reine Entlarvungsanträge, — von der R. F. wird dazu gesagt: „die Abstimmung über die kommunistischen Anträge wird den Heuchlern der SPD und den Nazis die Maske vom Gesicht reißen und den Arbeitern den wahren Charakter dieser kapitalistischen Parteien enthüllen“ — nur da-

zu gelangen, um bei den Nazis, aber auch bei der SPD das Übergehen und die glatte Ablehnung dieser Anträge zu erleichtern. (Nebenbei, es ist der neunte theoretische Unsinns, der reformistische SPD als „kapitalistische“ Partei zu bezeichnen. Sie ist und sie bleibt vorläufig eine reformistische und keine kapitalistische Partei, die größte Arbeiterpartei in Deutschland.)

Wenn dann aber weiter außerdem vom Reichstag die Entstellung nicht nur der politischen Zahlungen, sondern auch der „Zahlungen der privaten Auslandsschulden mit sofortiger Wirkung“ verlangt wird, weil sie „verschleierte politische Zahlungen sind“, so ist das reiner parlamentarischer Kretinismus, wenn auch ultralink angestrichen.

Die kommunistischen Arbeiter sollten sich diesen Unsinn vornehmen und der Parteibürokratie ihre Meinung darüber sagen.

Danziger „Volksstimme“ verboten

Die sozialdemokratische Danziger „Volksstimme“ ist auf Grund eines Artikels vom Sonnabend, der sich mit dem Naziüberfall in Neudeich beschäftigte und der Regierung Duldung und Begünstigung des Naziterrors vorwarf, zunächst beschlagnahmt und gleichzeitig auf drei Monate verboten worden. Zugleich richtete das Blatt heftige Vorwürfe gegen die Danziger Vertreter im Völkerbund und beschuldigte sie, daß sie die Nachrichten über eine Bedrohung Danzigs durch Polen in Geis verbreiteten, um damit die Notwendigkeit der SA zu beweisen.

Diese Mitteilungen haben die Danziger Behörden dornaben aus ihrer Ruhe gestört, daß sie mit dem Verbot antworteten. Da in ihnen aber nur das gesagt war, was in Danzig die Spatzen längst von den Dächern pfeifen, so ist das Verbot mehr als nur eine Strafmaßnahme. Die Sozialdemokratie ist in Danzig die einzige Partei, die der nationalistischen Verhetzung wehrt und den Faschismus auch ernsthaft und nicht nur mit leeren Worten bekämpft. Sie steht — im Unterschied zu der SPD — zum Bürgertum in einer scharfen und unversöhnlichen Opposition. Dafür soll sie jetzt gezüchtigt werden. Das unerhörte lange Verbot der einzigen Tageszeitung ist der erste große und offen geführte Schlag gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Mit ihm wird das Bürgertum seine letzten demokratischen Allüren ab und beschreitet offen die Bahn des Faschismus.

Gleichzeitig ergeben sich damit noch andere Gefahren: Danzig ist, wie überhaupt der ganze deutsche Osten, eine Brutstätte nationalistischer Intrigen, die jeden Augenblick internationale Konflikte mit ganz unberechenbaren Folgen auslösen können. So war erst dieser Tage wieder das Gerücht ausgesprungen worden, daß Polen einen Handstreich auf Danzig plane. Das war eine so offensichtliche Lüge, als daß dem Gerücht irgendwelcher Glaube geschenkt werden konnte. Es hat aber — namentlich in Berlin — neue ungeheure Erregung in nationalistischen Kreisen hervorgerufen, was ja auch der eigentliche Zweck der Uebung war. Man wird darum zu gewärtigen haben, daß die ohnehin großen internationalen Spannungen im Osten durch die Faschisierung Danzigs in Zukunft noch wesentlich verstärkt werden.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdruckes, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

4. Fortsetzung

Die Mutter hat noch nicht gefragt. Sie hat noch nichts gesagt. Elise Schulze, Ehefrau, dreißigjährig Jahre alt, früher Arbeiterin in einer Kartonagenfabrik, jetzt Reinemachefrau in der Danatbank.

Nebenbei Mutter.

Tochter Lissi neunzehn. Sohn Hans siebzehn. Ida dreizehn, Gerhard, Gerhardchen neun Jahre, ist ein Jahr tot. Er spielte auf der Straße und ein Lastauto fuhr ihn deshalb tot.

Gerhard, Gerhardchen gestirbt noch manchmal durch die Stube. Dann wischt sich Frau Schulze die Augen. Sie flennt nicht. Sie ist eine tapfere Frau. Sie war auch tapfer, als der Wagen Gerhardchens Leib zermalmt hatte.

Der Blutfleck auf dem Pflaster aber geht nicht weg. Den sieht sie noch. Kinder spielen darüber und sie ruft sie manchmal ängstlich von der Straße weg: „Kinder — Auto kommt!“ Die Kinder lachen nur und spielen weiter. Sie kennen das schon. Sie wollen spielen.

„Das Spielen und das Umherstehen auf den Treppen und Höfen ist verboten. Der Hausverwalter.“

Das Haus gehört Herrn Ignatz Tschupke, Warschau. Die Welle der Inflation hat es ihm in den Arm geworfen.

Die Kinder dürfen aber trotzdem nicht auf den Höfen spielen. Oft genug kommt das allerdings vor. Aber bald schimpft jemand. Herr

Schubert, der Nachtschicht hat und schlafen will. Frau Schneider, die keine Kinder hat und keine leiden kann. Oder der Hausverwalter, damit sich niemand beschwert.

Draußen tuten und sausen fröhlich die Autos vorüber.

„Kinder, hinaus, hinaus. Lustig! Lustig!“

Hans ist fort.

Herr Schulze aber geht weiter auf Arbeit. Er war nicht mal zur Polizei gewesen. Er weiß, was los war. Ein Lehrfräulein von Friedländer & Co. war da und hat zimperlich und altklug die Geschichte mitgeteilt.

„Und da hat der Herr Chef gesagt...“

Hans ist fort, ja, ja!

Hans hat unterschlagen. Der Strolch! Laß ihn nur kommen!

Wenn er nur käme! —

Heute ist Freitag. Hans ist gestern auch nicht gekommen.

Wenn er nur käme. — Wo wird er sein?

Vater sagt: „Er stromert, der Verbrecher! Mag er bleiben. Soll er sehen. Ich hau ihn windelweich!“

Heute ist es ihm nicht mehr ums Hauen. Der Junge hat eine Dummheit gemacht. Soll er sie wieder gutmachen. Er soll nur kommen.

Die Mutter schläft noch.

Vater denkt: „Was hat der Junge auch vom Leben. Arbeiten und schlafen. Schlafen und arbeiten.“ Aber dann: kann ich's ändern? Soll sich einrichten.

Dann wird die Mutter wach: „Hans?“

fragt sie.

„Nee, is nich“, sagt Herr Schulze, „mach's jut.“

Die Tür geht auf und geht zu. Frau Schulze seufzt und dann steht sie auf.

„Lissi, Lissi!“

Lissi reckt sich und blinzelt verwundert.

Dann sitzt sie auf dem Bett und betrachtet nachdenklich das kleine Loch in der Fose ihres Strumpfes. Es liegt unter dem Ausschnitt ihres Halbschuhes. Man sieht es nicht.

Mutter hat es nicht gesehen. Also, lassen

wir's für heute. Das Wetter ist kalt und nun ist sie erst richtig wach.

Hans fällt ihr gleich ein. Er ist weg. Sie ist traurig und verzehrt ein wenig den Mund. Der Mund ist hübsch, rot und voll. Lissi ist überhaupt ein hübsches Ding.

Sie weiß das.

Natürlich... Sie sieht doch, wie die Käufer, die Herren, alte und junge, sie ansehen, anstarren.

Gestern hat sie wieder einer gefragt, ob er sie nicht nach Schluß abholen darf. Danke, sie hat augenblicklich keinen Bedarf. Sie hat ihn eine halbe Stunde später bestellt als sie Schluß hat und ist stolz darüber. Das muß man machen. Sie hat noch genug von Herbert, von Hebbi, der erst lieb und gut war und dann aufs ganze ging. Und dann weg war. Genau wie Willy. Aber dem hat sie den Laufpaß gegeben, dem Schwindler...“

Aber Hans war weg.

Mutter fragte nicht. Sollte Lissi was sagen?

Tempo. Tempo.

Die Verkäuferinnen bei Tietz müssen zur ersten Schicht um acht Uhr fünfundvierzig antreten.

Um neun Uhr fünfzehn kam der Wachtmeister Wenig vom Revier und teilte mit, daß Hans in Schutzhaft genommen sei und nach Vernehmung durch die Kriminalpolizei nach Hause entlassen werden könne. Frau Schulze weinte fünf Minuten. Dann ging sie zum Revier.

*

Ueber dem Alexanderplatz standen zwei Sterne. Dann kamen Wolken und dann waren die Sterne weg. Dann war da wieder ein Stern. Zwei Sterne waren da. Es war aber schon hell. Menschen trappelten draußen am Zaun vorbei. Die beiden Sterne blieben. Groß und silbern auf schwarzem blanken Grunde: „Na, dann zeig mal deine Papiere.“ —

Und dann war Hans ganz wach und blieb

ganz ruhig. Es war ja nun Schluß. Was wollte er sagen: „Das Geld ist futsch — ich habe Buletten gegessen, vier Stück, zwei Paar Würstchen bei Aschinger...“

Aber dann konnte er doch nichts sagen und trottete mit den beiden Sternen fort...

*

Bekanntmachung

In Berlin sind 347 822 Arbeitslose, darunter 72 872 Metallarbeiter; 30 099 Bauarbeiter; 60 276 ungelernete Arbeiter; 34 399 kaufmännische Angestellte; 5 566 Techniker gezählt worden.

Vor Zuzug wird gewarnt.

Das Landesarbeitsamt warnt vor Zuzug. Niemand wird bei dieser Arbeitslosigkeit in Berlin Arbeit finden. Bleibt auf dem Lande und nährt euch redlich!

Wer aber in der Stadt steckt?

Wer aber schon in der Statistik steckt?

Der geht zum Arbeitsnachweis. Geht stempeln. Dreimal in der Woche. Er steht Schlange, windet sich zwischen den schwarzen Klumpen durch, die um die Stempelstellen herumstehen und über denen derselbe Dunst steht wie morgens um sieben Uhr über dem schwarzen, stillen Heer. Einmal in der Woche, nachdem er alle Formalitäten erfüllt hat, wird ihm dann auch gegeben, was er braucht, wenig genug. Aber man lebt doch wieder, man muß nicht verhungern.

Soviel Millionen Arbeitslose sind in Deutschland. Soudsoviel Hunderttausende davon sind Jugendliche. Unter einundzwanzig Jahren. Fast alle gesund, kräftig. Sie möchten arbeiten, weil sie dann einen Anzug kaufen können oder ein Paar Schuhe. Vom Kino ganz zu schweigen. Auch Tanzen möchte man schon gern mal gehen. Gehen sie stempeln. Da stehen die Heere untätig. Da gehen die Menschen kaputt.

Losung der Buchdrucker

Zum Kampfe rüsten!

Der Bezirk Potsdam im Verband der Deutschen Buchdrucker nimmt gegen ADGB- und Verbandsleitung Stellung

Am Sonntag, dem 8. Mai, tagten die Buchdrucker des Potsdamer Bezirks im gutbesetzten Saale des Berliner Gewerkschaftshauses. Vom Gauvorstand referierte Reinken über „Manteltarif und Lohnurteil“. Der Referent nahm zu den gescheiterten Lohn- und Manteltarifverhandlungen Stellung.

Die scharfmacherischen Forderungen der Buchdruckunternehmer bewegen sich vollständig in Richtung jener Verordnungsmaßnahmen der Bourgeoisie, die den kapitalistischen „Ausweg“ aus der Krise kennzeichnen. Auf das nackte Existenzminimum, ja bedeutend darunter, will man die Buchdrucker, die dank ihrer fast absoluten Organisierung bisher mit an der Spitze der Gewerkschaften standen, zurückschrauben. Das ganze Betriebsrisiko neben gesteigerter Ausbeutung und Lohnreduzierung soll die Arbeiterschaft tragen. So kam es zu dem vorläufig nicht für verbindlich erklärten Schiedspruch des staatlichen Schlichters, der ganz und gar den Wünschen der Buchdruckunternehmer entspricht.

Wer aber glaubte, daß es sich die Verbandsführung angelegen sein ließe, alle Maßnahmen zu einem entschiedenen Lohnkampf zu treffen, ist auf dem Holzwege. So ließ auch das Referat des angestellten Organisationsvertreters jede klare Linie für erfolgreiche Abwehr vermissen.

Um so erfreulicher war es nun, daß fast sämtliche Diskussionsredner in sachlicher, aber scharfer Weise mit der verfehlten ADGB- und Verbandsleitungs politik abrechneten. Kollege Schulze, Ortsvereinsvorsitzender, forderte Aufgabe der staatsbejahenden Gewerkschaftspolitik, grundsätzliche Verneinung des staatlichen Schlichtungsapparates usw.

Kollege Waßmann forderte nicht mehr große Worte, sondern entschiedene Taten. Genug der Verschlechterungen, die Buchdrucker müßten endlich wahrnehmen, daß

sie die Pioniere des klassenbewußten Proletariats seien. Hinweg mit dem „kleineren Übel“, Schluß mit der Tolerierung der Notverordnungsregierungen. Die Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich müsse durchgesetzt werden. Weitere Verschlechterungen sind untragbar.

Kollege Polster zeigte unter großem Beifall auch von der politischen Seite her die notwendigen Aufgaben. Einheitsfront der Arbeiterklasse unter den Lösungen der sozialistischen Lösung der kapitalistischen Krise. Scharf kritisierte er die Verbandsinstanzen, die sich mit Krisenkongressen und Appellen an Staat und Wirtschaft begnügten, aber nichts unternahmen, um die Kampfkraft

der Gewerkschaften gegen die Kapitaloffensive und Massenverleumdung einzusetzen. Faschistische Reaktion und Gewerkschaftsdiktatur ist das Ergebnis einer Politik, die im Rahmen des kapitalistischen Systems von den Gewerkschaftsspitzen betrieben wurde. Genug davon! Jetzt ist es höchste Zeit, mit aller Koalitions- und Tolerierungspolitik zu brechen. Die Arbeiterschaft muß sich sammeln unter einer breiten Einheitsfront, die nur allein den Bedrückungen des Proletariats ein Ende bereiten kann.

Diesem Appell des Diskussionsredners konnten sich unter der begeisterten Zustimmungskundgebung der Versammlung selbst die Organisationsvertreter nicht entziehen. Anstatt aber dem Kampfwillen der Buchdrucker des Potsdamer Bezirks klare Richtung zu geben und konkrete Kampfmaßnahmen zu beschließen, vertratete man mit leuchtenden Redenarten, „daß keiner wisse könne, was komme, und gegen Unternehmertum und Staat zu kämpfen die Kraft der Gewerkschaften nicht ausreiche...“

Hier müssen die Buchdrucker konsequent weiter arbeiten, denn nur unter Führung der Gewerkschaftsopposition wird die Kampfkraft und der Kampfwille der Masse zu siegreichen Aktionen führen. Am Werk!

Aussperrung bei der „Gefat“

Die Gesellschaft für automatische Telefonie, Berlin, Lynamstr. 5, hat am 3. Mai ihre Belegschaft ausgesperrt, nachdem diese sich weigerte, Lohnbedingungen anzuerkennen die die bisherigen Arbeitslöhne um 10 bis 30 Prozent und für einen großen Teil der Belegschaft noch darüber hinaus reduzieren. Die Firma war bisher dem Verband Berliner Metallindustrieller nicht angeschlossen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren aus diesem Grunde durch einen Firmentarifvertrag geregelt, der mit 30. April 1932 ablief. Ende April ist die „Gefat“ dem VBMI beigetreten, und gestützt auf die Kraft dieser berechtigten Unternehmerorganisation, glaubte die Geschäftsleitung der Gefat ihrer Belegschaft Löhne und Arbeitsbedingungen diktieren zu können, die ein Faustschlag in das Gesicht der Arbeiter sind.

Ohne mit der Betriebsvertretung der Arbeiter Verhandlungen über die künftige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen, kündigte die Gefat ihren Arbeitern einzeln durch briefliche Benachrichtigung das Arbeitsverhältnis und forderte diejenigen Arbeiter, die die neuen — in dem Schreiben nicht mitgeteilten — Arbeitsbedingungen anerkennen wollten, auf, eine entsprechende schriftliche Erklärung an die Geschäftsleitung abzugeben. Die Firma teilte nur mit, daß sie dem VBMI beigetreten wäre und nun die Bedingungen des Vertrages, der zwischen dem VBMI und dem DMV abgeschlossen ist, Gültigkeit haben sollen. Neben Verschlechterung sämtlicher bisheriger Arbeitsbedingungen, in der Ferienfrage, Kürzung der Urlaubsdauer, will die Firma künftighin folgende Löhne zahlen: Klasse a) 0,93—1,12 M. (früher nur eine Lohnhöhe, und zwar 1,24 M.), Klasse b) 0,82—1,00 M. (früher 1,10 M.), Klasse c) 0,72—0,93 M. (früher 1,03 M.), Klasse d) 0,66—0,87 M. (diese Klasse gab es überhaupt nicht).

Die Geschäftsleitung der Gefat ist, ohne den Arbeiterrat zu verständigen, zu einer Umgruppierung der Belegschaft geschritten. Von 80 Angehörigen der Klasse a) sind ganze 16 in dieser Klasse verblieben, die übrigen sind auf die Klasse b) und einen großen Teil schließlich sogar auf die Klasse c) verteilt worden. Hier beträgt die Lohnkürzung weit über 30 Prozent. Bei den übrigen Lohnklassen liegen die Verhältnisse ebenso. Sie wurden in dem gleichen Prozentsatz umgruppiert wie in

der Klasse a). Die Belegschaft beschloß in einer Betriebsversammlung am 2. Mai mit überwältigender Mehrheit, am Dienstag, dem 3. Mai, nicht erst die Arbeitsstellen aufzusuchen, sondern sich am Sitz der Geschäftsleitung zu versammeln und zu fordern, daß vorerst allen Arbeitern bekanntzugeben ist, welcher Arbeitslohn dem einzelnen gezahlt wird. Die Bemühungen des Arbeiterrats, über diese Frage Klarheit zu schaffen, wurden von der Geschäftsleitung der Gefat mit der Entlassung der Gesamtbelegschaft beantwortet.

Die ausgesperrten Arbeiter des Gefat-Betriebes appellieren an die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft, besonders aber an die Solidarität der Monteurs der Schwachstromindustrie. Kollegen, verweigert die Arbeitsannahme, achtet auf den Arbeitsnachweisen auf die Arbeitsvermittlung, haltet den Zuzug fern! Arbeiter der Bauindustrie, etwaige Streikbrucharbeit!

Zechenbarone verlangen Arbeitszeitverlängerung

Zu den am 9. Mai beginnenden Tarifverhandlungen für den Ruhrkohlenbergbau hat der Zechenverband neben dem schon gemeldeten Verlangen der „Auflockerung der Tarife“ folgende Forderungen gestellt:

Anstelle der tariflich festgelegten, aber infolge des Mehrarbeitsabkommens nie durchgeführten Siebenstunden- jetzt endgültig die Achtstundenschicht unter Tage, Herabsetzung der Urlaubsentlohnung um 50 Proz., Streichung des Hausstandsgeldes und Verminderung der den Bergleuten zustehenden Deputatskohlen.

Interessant ist, was der Vorwärts dazu schreibt:

„Den Bergarbeitern unter Tage war die Siebenstundenschicht zugesichert. Zu einer Zeit, wo es im Interesse der Allgemeinheit lag, möglichst viele Kohlen zu fördern, ließen sich die Bergleute zu einem befristeten Mehrarbeitszeitabkommen breitschlagen. Das Unternehmertum sorgte dafür, daß sie nicht mehr davon loskamen, trotzdem es Feierschichten über Feierschichten einsetzte.“

Von wem ließen sich die Bergarbeiter breitschlagen? Von den reformistischen Verbandsführern. Die Hu-

smann und Gen. waren es, die gegen den leidenschaftlichen Protest der Bergarbeiter dieses Uebereinstimmungsabkommen abschlossen und immer wieder verlangten. Sie also waren es auch, die dafür sorgten, daß die Bergarbeiter nicht mehr davon loskamen“. Darum Schluß mit der reformistischen Politik und diesen Führern!

Streik der Möbel-Transportarbeiter

Am Montag früh traten die Arbeiter des gesamten Berliner Möbeltransportgewerbes, rund 1100 Mann, in den Streik.

Die Ursache dieses Kampfes zeigt, wie unverzähmt und provokatorisch Unternehmer und Schlichtungsbehörden glauben heute gegen die Arbeiter vorgehen zu können. Am Sonntagabend hat der Berliner Schlichter einen Schiedspruch gefällt, der allen brutalen Unternehmerforderungen Rechnung trägt. Der Spruch sieht vor, daß die Löhne der ständigen Arbeiter und Staltelle um 10 Prozent, die der unständigen um 13 Prozent und die Zuschläge für Klavier-, Geldschrank- und ähnliche Transporte um 30 Prozent herabgesetzt werden. Die einzige „Konzession“ an die Arbeiter besteht darin, daß dieser Lohnraub nicht sofort, sondern „erst“ am 1. Juni einsetzen soll.

Das aber genügte den Unternehmern noch nicht. Sie gaben am Montag früh durch Anschlag bekannt, daß sie die Löhne sofort und zwar ganz nach ihrem Ermessen herabsetzen. Geschlossen traten darauf die Arbeiter in Streik, der von der Gewerkschaft, dem Gesamtverband, sanktioniert wurde.

Vermögenssteuer wird „angepaßt“

Berlin, 6. Mai 1932

Amtlich wird mitgeteilt:

„Für die Vermögenssteuer 1932 wäre an sich noch die Veranlagung nach dem Stand vom 1. Januar 1931 maßgebend. Mit Rücksicht auf die seit dem Stichtag eingetretenen Wertveränderungen ist bereits in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 der Reichsminister der Finanzen ermächtigt worden, auf dem Gebiet der Einheitsbewertung und der Vermögenssteuer Maßnahmen zu treffen, durch die den seit dem Hauptfeststellungszeitpunkt eingetretenen Senkungen der Vermögenswerte mit steuerlicher Wirkung vom 1. April 1932 an Rechnung getragen wird. Eine entsprechende Maßnahme wird auf dem Gebiet der Erbschaftssteuer und der Grunderwerbsteuer getroffen werden. Die diesbezügliche Verordnung wird in den nächsten Tagen ergehen. Damit diese Maßnahme bereits für die Mairate der Vermögenssteuer wirksam werden können, wird der Fälligkeitstermin vom 15. Mai verschoben.“

Ansonsten kennt der Amtsschimmel ein solches Tempo nicht, den Lohnsteuerpflichtigen hat er sogar kurzerhand die Rückzahlung zuviel gezahlter Steuern verweigert, da angeblich hierdurch zuviel Umständlichkeiten verursacht werden. Wenn es aber um den Besitz geht, dann wird vor keiner Umständlichkeit zurückgeschreckt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Deckstein, für Inserate: Johannes Holtsmann, Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto. Inseratenspreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Zahlungen sind zu leisten an den „Siebel-Zeitungs-Verlag“ G. m. b. H., Postcheckkonto Berlin Nr. 399 82.

Massen-Entlassungen bei der Reichsbahn

TU. Schneidemühl, 7. Mai 1932.

Die Reichsbahndirektion Berlin hat mit sofortiger Wirkung die Entlassung von 300 Mann der Belegschaft der Reichsbahnausbesserungswerkstätten Schneidemühl verfügt. Außerdem werden etwa 150 Mann im Bezirk der Betriebsämter I und II Schneidemühl, die in der Bahnunterhaltung beschäftigt sind, sofort entlassen.

Da durch diese Maßnahme im RA-Werk Schneidemühl von der früher einmal 2000 Mann zählenden Belegschaft nur noch 300 übrig bleiben, muß mit der vollständigen Stilllegung gerechnet werden. Die Reichsbahndirektion gibt offiziell bekannt, daß sie die etwa 40—50 000 „überzähligen“ Arbeiter nicht mehr länger halten könne und daß sofort insgesamt etwa 6000 Werkstätten- und Betriebsarbeiter entlassen würden. Davon sollen nach der „RF“ allein in Groß-Berlin 3000 Eisenbahner auf die Straße gesetzt werden.

Vor wenigen Tagen meldeten die reformistischen Gewerkschaftsführer einen „Erfolg“, der darin bestehen sollte, daß sie durch Zustimmung zum Krümpersystem die geplanten Entlassungen bei der Reichsbahn verhindert hätten. Jetzt können die Eisenbahner sehen, welche tatsächlichen „Erfolge“ bei der reformistischen Taktik des Betteln und Anbiedereins, statt des Kampfes, herauskommen.

Staatstheater
Oper u. d. Linden
Dienstag, 10. Mai
20 — gegen 2 3/4 Uhr
Falstaff

Schauspielhaus
Geodarmenmarkt
Dienstag, 10. Mai
20 — gegen 2 3/4 Uhr
Urgötz

Schillertheater
Friedrichsdenkmal
Dienstag, 10. Mai
20 — nach 2 3/4 Uhr
Nathan der Weise

Volkshäuser
Tasch u. Altwahl.
31 Nordend 294
Dienstag, 10. Mai
8 1/2 Uhr
Sturm im Wasserglas

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Dienstag, 10. Mai
8 1/2 Uhr
Die Frau, die jeder sucht

Werbi für die SAZ

Kauf Gutscheine

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus / am Potsdamer Platz B' Karl. 2334.
Die lustige Tonfilmoperette
Lügen auf Rügen
mit Maria Solveg, Paul Hörbiger, Otto Wallburg, Ralph Arthur Roberts
Außerdem:
Das große tönende Beiprogramm
Uta-Tonwochenschau
tägl. ab 9 Uhr vorm.
sonntag ab 3 U. nachm. bis 10. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Münz-Theater
Hauptstr. 70
Tonfilm-Tageskino
Kriminal-Reporter Holm
und
einmal möcht' ich keine Sorgen haben

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Ben Hur
als Tonfilm
mit Ramon Novarro
Die neueste tönende Wochenschau

M * I * L * A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Unser lustiges Doppelprogramm:
Magda Schneider in
2 in einem Auto
(eine Reise ins Glück)
mit Richard Romanowsky, Karl Ludwig Diehl, Ernst Verebes
dazu
Jenny Jugo in
5 von der Jazzband
mit Rolf van Bulbo, Theo Shall

Theater des Weddings
Müller- Ecke Sellenstraße
Rasputin
der Dämon der Frauen
dazu:
Der Sprung ins Glück
mit Fritz Schoof und Jenny Jugo
Das erstklassige Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Dienstag bis Donnerstag
Der gewaltigste Film aller Zeiten:
„Ben Hur“
mit Ramon Novarro
in Tonfassung.
Dazu musikalisches Kabarett
„Von Wallenstein bis zum Rumba“
Dazu neueste Ton-Wochenschau.
Jugendliche haben Zutritt.

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Unser großes Pfingstprogramm:
Richard Tauber in
„Melodie der Liebe“
Auf der Bühne: **Jack Mann**,
„Der Vogelfänger am Fißel“
Jugendliche haben Zutritt.
Wochentags 8 1/2 Uhr. Sonntags 3 1/2 Uhr.

HAUS VATERLAND
RESTAURANT
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Hans Albers, Käthe v. Nagy in
Der Sieger
dazu:
Grete Garbo in
Ivonne

Sorge AUCH DU dafür, daß Dein Arbeitskollege das Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, die **SAZ** bestellt.
Fordere noch heute Bestellscheine durch die Expedition:
Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.